

Protokoll

über die 1. Obmännerkonferenz vom 28. Juli 1914.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Franz Hoß und Josef Rain,
Gem.-Räte Steiner, Golz, Dr. Schwarz-
Hiller, Dr. Loewenstein, Reumann und
Winarsky.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Der Bürgermeister eröffnet die Konferenz, begrüßt die Anwesenden und teilt mit, daß er für morgen nachmittags eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates behufs Stellungnahme zu den ernstesten Ereignissen, die sich in diesen Tagen abgepielt haben, einberufen habe. Er behalte sich vor, in seiner Ansprache einen Appell an die Bevölkerung Wiens zur Mitarbeit bei den schweren und verantwortungsvollen Aufgaben, die nunmehr die Gemeindeverwaltung zu erfüllen habe, zu richten.

Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten, mit Rücksicht auf ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen den Krieg, an dieser Kundgebung nicht teilnehmen zu können, jedoch ihre Mitarbeit für die notwendigen Gemeindefaßnahmen dem Bürgermeister zur Verfügung stellen zu wollen.

Die Vertreter der liberalen Partei erklärten, an der Kundgebung teilzunehmen und selbstverständlich ebenfalls mit allen ihren Kräften den Bürgermeister unterstützen zu wollen.

Über seinen Vorschlag wird im Prinzip beschlossen, eine Zentralstelle zur Sammlung von Spenden und Liebesgaben für die Familien der im Felde Stehenden und für die Verwundeten zu schaffen. Der Bürgermeister wird ersucht, mit dem Landmarschall von Niederösterreich Prinzen Liechtenstein und dem Statthalter Freiherrn v. Bienerth das Einnehmen wegen Organisation einer solchen Zentralstelle zu treffen, durch welche zwar der Sammeltätigkeit von physischen und juristischen Personen kein Abbruch geschehen, aber die Kontrolle der einlaufenden Spenden gewährleistet und die zweckmäßigste Verwendung gesichert werden soll.

Mit Stimmeneinhelligkeit wird genehmigt, daß die Gemeinde Wien der Zentralstelle eine Spende von 50.000 K widmet. Ebenso wird für das Rote Kreuz eine Spende von 100.000 K bewilligt. Ferner wird zur Kenntnis genommen, daß das Land Niederösterreich 25.000 K der Zentralstelle zur Verfügung stellt.

Der Bürgermeister erörtert die von ihm bereits getroffenen oder eingeleiteten Approvisionierungsmaßnahmen, die von allen Vertretern gutgeheißen werden.

Zum Einkauf von Lebensmitteln (Weis und Mehl) zu Notstandszwecken wird ein Kredit von einer Million Kronen bewilligt.

Die Einführung von Maximalpreisen für Lebensmittel wird mit Stimmeneinhelligkeit einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

Prinzipiell wird genehmigt, daß die durch Wien durchziehenden Truppen auf Gemeindefkosten bewirtet werden.

Die vom Gemeinderats-Präsidium zur Sicherung der Wiener Hochquellenleitung getroffenen Maßnahmen, sowie die hiefür erforderlichen einmaligen Auslagen per 12.000 K und die täglichen Kosten per 1500 K werden einstimmig genehmigt.

Die Vorschläge der Magistrats-Direktion, betreffend die Entlohnung der zur aktiven Dienstleistung im Heere, der Marine,

in der Landwehr und im Landsturm einberufenen städtischen Angestellten der Gemeinde Wien mit Einschluß der bei den Anstalten und Unternehmungen der Gemeinde Wien Beschäftigten, unter welchen nicht nur Beamte, Kanzlisten, Diurnisten, Kanzlei-gehilfen, Unterbeamte und Diener, sondern auch Bedienstete und Arbeiter jeder Kategorie zu verstehen sind, werden mit der Abänderung genehmigt, daß im ersten Teile des dritten Absatzes bei dem Passus, betreffend die Personen des Mannschaftsstandes, das Wort „ehelich“ zwischen den Worten „ein“ und „Kind“ zu entfallen hat.

Der Ermächtigung des Magistrates zur Gewährung von Vorschüssen auf die fällig werdenden Bezüge an die zur Kriegsdienstleistung einrückenden städtischen Angestellten und Bediensteten wird mit Stimmeneinhelligkeit zugestimmt.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller ersucht den Herrn Bürgermeister um Intervention bei der Finanz-Landes-Direktion, damit bei der Stenereinhebung mit größter Milde vorgegangen werde.

Der Bürgermeister sagt diese Intervention zu.

Es gelangt die Frage der zu gewärtigenden Einführung eines Moratoriums zur Erörterung. Der Bürgermeister teilt mit, daß ein diesbezüglicher Gesetzentwurf bereits in Ausarbeitung begriffen ist.

Er selbst halte die Erlassung eines Moratoriums dermalen noch für verfrüht.

Hierauf wird die Konferenz geschlossen.

Der Bürgermeister:

Dr. Weiskirchner m. p.

Der Vertreter des Bürgerklubs:
Steiner m. p.

Der Vertreter der liberalen
Partei:

Dr. Loewenstein m. p.

Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion:

Winarsky m. p.

Der Schriftführer:

Böttger m. p.

Magistrats-Sekretär.